»Preußen-Komplex« Das Berliner Humboldt Forum und sein Umfeld

Panel 2 MODERATION JÖRG HEISER

ARLETTE-LOUISE NDAKOZE THOMAS E. SCHMIDT SARAH HEGENBART

ABSTRACTS 45

Vom Mausoleum zum Momentum. Die Akte der Artefakte in Humboldts Forum

Performance-Lecture von Arlette-Louise Ndakoze

In ihrer Performance-Lecture hinterfragte Ndakoze – polylingual und zum Sound eines klassischen Hip-Hop-Loops – die eurozentrischen Zeit- und Geschichtskonzepte, ebenso wie die damit verbundenen Vorstellungen moderner Wissenschaft. Wenn Studierende bis heute die berühmte Anekdote von Newton erzählt bekommen, der unter dem Apfelbaum sitzend einen Apfel auf den Kopf bekommt und so das Gesetz der Schwerkraft ventdeckt«: Was, wenn wir bei dieser Geschichte, die auf den biblischen Baum der Erkenntnis anspielt, mitbedenken, dass das Königreich Kusch, das laut Genesis Teil des Garten Edens gewesen sei, im heutigen Sudan lag? Was, wenn wir in den dortigen Kulturen Vorstellungen von Unsterblichkeit finden, die dem Alten Testament um gut ein Jahrtausend vorausgehen? Wie könne von Gesprächen auf 'Augenhöhe die Rede sein, wenn die eine Seite der anderen abspricht, Geschichte zu haben?

Dekolonisierung und deutsche Kulturpolitik. Warum es so kompliziert ist, Kunst zurückzugeben

Thomas E. Schmidt

In seinem Vortrag versuchte Thomas E. Schmidt aufzuzeigen, wie die verspätete Debatte über die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika dazu geführt habe, dass auch zur vermeintlich verlässlichen Vergangenheitspolitik bezüglich der Shoah neue Fragen entstehen. Die Konzentration auf den Aspekt »Kunstraub« weise den subsaharischen Gesellschaften zudem pauschal von außen einen Opferstatus zu. Er wendet sich damit gegen die von Felwine Sarr und Bénédicte Savoy favorisierte Strategie einer umfassenden, zügigen Restitution von Kulturgütern. Er plädierte dafür, einer pauschalen Rückgabepraxis von Artefakten eine Absage zu erteilen, zugunsten einer kontextualisierten und individualisierten Einzelfallprüfung. Andernfalls werde die Chance vertan, Dekolonisierung als ein umfassendes politisches Projekt anzugehen, um die Folgen der Kolonialherrschaft mehrdimensional zu bearbeiten.

Ein Forum ohne Dialog? Eine Wunderkammer des Misslingens multidirektionaler Erinnerungspolitik.

Sarah Hegenbart

Hegenbarts Vortrag stellte die Frage, ob der »Dialog« als zentraler Aspekt eines Forums am Humboldt Forum überhaupt umgesetzt werde. Ihre Analyse der Architektur, der bis dahin bekannten kuratorischen Konzepte sowie des Umgangs mit Öffentlichkeit

legte nahe, dass das Humboldt Forum nicht dialogisch, sondern als Wunderkammer des Spektakels funktionieren solle. Eine solche Dialogverweigerung, sei gerade in Zeiten des Populismus besonders problematisch. Dabei gebe es Alternativen zum Kunstkammer-Ansatz – das Museum of Vancouver beispielsweise habe gemeinsam mit Vertretern der indigenen Völker der Haida eine Ausstellung mit Haida-Artefakten entwickelt. Ebenso denkbar sei ein offenes, transparent gemachtes Depot: Das Museum of Anthropology der University of British Columbia, ebenfalls Vancouver, sei dafür vorbildhaft; hier ist die Vollrecherche inklusive etwaiger Restitutionsforderungen auf der Museums-Website möglich. Eine multidirektionale Erinnerungspolitik im Sinne Michael Rothbergs könne im Zusammenhang mit Museen nur erreicht werden, wenn diese transparent und in aktiver Partnerschaft mit verschiedenen Communitys zusammenarbeiteten.

DEKOLONISIERUNG UND DEUTSCHE 47 KULTURPOLITIK. WARUM ES SO SCHWIERIG IST, KOLONIALE KUNST ZURUECKZUGEBEN

Thomas E. Schmidt

Nach einer jahrzehntelangen Phase des Schweigens und Verschweigens gibt es in Deutschland seit ein paar Jahren endlich eine Debatte über die koloniale Vergangenheit. Die Debatte wird offen und offensiv geführt, und sie kreist seit geraumer Zeit vor allem um das Humboldt Forum in Berlin, dieses große, ehrgeizige und kurz vor der Eröffnung stehende Museumsprojekt, das die ethnologischen Sammlungen Berlins neu präsentieren soll, also auch Kunst aus den ehemaligen deutschen Kolonien, vor allem den afrikanischen. Die Debatte ist noch einmal befeuert worden durch den Bestandsbericht, den die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy und der Ökonom Felwine Sarr für die französische Regierung angefertigt haben. Der Bericht trägt im Deutschen den programmatischen Titel Zurückgeben und plädiert für die vollständige Restitution sämtlicher in Frankreich und Deutschland von Museen gesammelten Artefakte aus der Epoche der Kolonisierung.

Seither scheinen die Aktivitäten, welche um die Dekolonisierung kreisen und das Attribut »postkolonial« beanspruchen, ein Zentrum und nur noch eine Richtung zu haben: Dekolonisierung ist für die Öffentlichkeit weitgehend identisch mit Rückgabe. Und weil die Notwendigkeit einer Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte nicht mehr in Frage steht, scheint es auch nur einen Weg zu geben, aus ihr praktische Folgen zu ziehen: die Rückgabe der Museumsbestände, die Rückgabe des »afrikanischen Erbes«.

So klar und eindeutig ist es jedoch nicht, und einfach wird es auch in Zukunft nicht werden. Die moralische Zuspitzung der Thematik auf die Museen und auf deren Bereitschaft zur Restitution von Objekten wird letztlich nicht sehr weit führen. Schwierig ist es, weil nicht nur einer einem etwas wiedergibt, was zuvor entwendet wurde, sondern weil es in Wirklichkeit gar nicht so sehr um Gegenstände, sondern um den Akt des Wiedergebens geht: Dieser ist eine bedeutungsvolle soziale Tat mit Folgen, unter den Augen der globalen Öffentlichkeit. Der Akt der Restitution samt seinen Umständen wird beobachtet. Er findet womöglich Nachahmer, womöglich provoziert er aber auch Widerstände andernorts. Er ist nicht nur eine moralische Tat, sondern eine Geste im Raum der internationalen Politik. In Wirklichkeit umgreift der Kontext der Problematik mehr als nur Museumsobjekte. Damit bringen sich in der Problematik mehr und andere Interessen ins Spiel als nur ethische.

Indem das Humboldt Forum 2020 nicht mit leeren Vitrinen eröffnen wird, scheint niemand ernsthaft damit zu rechnen, dass eine vollständige Rückgabe afrikanischer Kunst bevorsteht. Auch in Frankreich, so der Eindruck der meisten Beobachter, hat der vom Präsidenten mit großem Aplomb angestoßene Prozess an Dynamik verloren. Felwine Sarr beklagte dies in einem Interview mit der ZEIT Ende Juli. Warum geht es nicht weiter?

Um diese Frage zu beantworten, kann man eine ganze Reihe von Gründen aufführen. Viele sind erwähnt worden: juristische, verwaltungstechnische, innen- und außenpolitische, auch psychologische. Es gibt jedoch, was den deutschen Kontext anlangt, einen gewichtigen Faktor, der schmerzhafterweise im Dekolonisierungsdiskurs selbst gelegen ist, jedenfalls so, wie er sich im Augenblick in der breiten Öffentlichkeit darstellt, nämlich in seiner starken Ausrichtung auf Gesellschaftsmoral und in seiner Konzentration auf Kunst und Kultur.

Sicher sind Savoy und Sarr mit allen guten und weniger guten Argumenten vertraut, die Restitutionen zu einer komplizierten und schwierigen Angelegenheit machen.

Ihr Ausweg aus dem Gestrüpp der Bedenkenträgerei und der Verzögerungen war strategisch überaus findig – und was die Mobilisierung der Öffentlichkeit betrifft, auch wirksam, wenigstens eine Zeit lang. Er provozierte allerdings ungewollte Nebenfolgen.

Savoy und Sarr richteten ihr Ideal von dekolonisierender Praxis an einem Modell aus, das bereits existiert. Ihr Vorbild ist die Rückgabepraxis der während des Nationalsozialismus enteigneten Kunst an jüdische Vorbesitzer oder deren Nachkommen. Die Restitution von »Raubkunst« ist in Deutschland inzwischen institutionalisiert, das heißt, sie ist unstrittig und gesellschaftlich anerkannt, sie ist zu einem festen Bestandteil der deutschen Vergangenheitsaufarbeitung geworden und – trotz Ausnahmen und Rückschläge – sie funktioniert sogar. Was staatlichen Kunstbesitz betrifft, gibt es keinen Zweifel daran, dass sämtliche geraubte Kunst zurückgegeben werden muss. Die »Washingtoner Prinzipien« sind schon Ende der Neunziger in einen Leitfaden für die Vorgehensweise aller deutscher Museen in öffentlicher Hand umgewandelt worden. Genauso, das ist heute die Hoffnung vieler Aktivisten, soll in Zukunft auch mit kolonialer Kunst verfahren werden. So selbstverständlich soll auch die Rückgabe des »afrikanischen Erbes« werden.

Allerdings reichen die Entsprechungen nicht sehr weit. Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Kolonialismus sind nicht deckungsgleich. Einige Abweichungen fallen ins Auge: Die Rückgabe von Raubkunst hat sich in der Bundesrepublik nach einer schwierigen Anfangsphase zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe entwickelt. Auch private Kunstbesitzer, wenngleich nicht rechtlich dazu verpflichtet, stehen unter einem ethischen Druck, Provenienzen nachzuverfolgen und gegebenenfalls geraubte Objekte zu restituieren. Die Auffassung ist, dass sich aus der Schwere des historischen Verbrechens für jeden einzelnen Deutschen zumindest eine Verantwortung herleitet, die ihm ein Mitwirken an dieser Restitutionspraxis nahelegt. Die aus der einmaligen historischen Konstellation sich ergebende ethische Verantwortung rechtfertigt auch den Eingriff in Eigentumsrechte. Das betrifft formal nur die Museen, aber über den Kunsthandel, der zur Provenienzrecherche verpflichtet ist, mittelbar auch Privatpersonen, sobald sie Kunst verkaufen möchten, die als Raubkunst verdächtig ist.

Anders ist die Situation in Sachen Afrika gelagert. Dort betrifft die Regelung von Kolonisationsfolgen das Verhältnis von Staaten. Der private Besitz kolonialer Kunst wäre von Rechtsvorschriften, die Rückgabe erforderlich machen, nicht betroffen und wird es aus verfassungsrechtlichen Gründen auch künftig nicht sein. Kolonialregime sind im Wesentlichen von Staaten betrieben worden, eine Beteiligung der weißen Bevölkerungen gab es zwar, ist aber einer Mitwirkung an der Nazi-Herrschaft nicht zu vergleichen. Staaten sind vor wechselseitigen juristischen Ansprüchen geschützt, weil sie souverän sind, will sagen: im internationalen Rechtsverkehr als immun gelten. Forderungen aneinander können sie formulieren und vortragen, das heißt politisch oder ethisch zum Ausdruck bringen, dann ist die Erfüllung der Forderung ein Entgegenkommen oder geschieht aus politischer Opportunität. Recht wird damit nicht durchgesetzt und auch nicht neu geschaffen. Für die Außenpolitik, und nicht nur für die deutsche, ist das europäische Kolonialregime samt Folgen vertraglich abschließend geregelt worden. Anders als für den Nationalsozialismus stellt also für diesen Komplex niemand die Forderung auf, an einer Stelle den Rechtsfrieden wieder aufzukündigen, Verträge neu zu verhandeln und Fristen nachträglich auf-

zuheben. Aus diesen Gründen existiert auch kein internationales Abkommen im Sinne eines »soft law«, welches für das »afrikanische Erbe« ähnliche Absichten formuliert, wie sie in den »Washingtoner Prinzipien« zum Ausdruck kommen.

Anders gesagt: Was Kunst und ihre Besitzverhältnisse anlangt, handeln die beteiligten Nationen bei Rückgaben auf einem symbolischen, aber nicht auf juristischem Feld. Noch deutlicher: Ein formeller Anspruch auf Rückübertragung von Eigentum existiert nicht. Die alten Kolonialmächte können aber durch freundliche Gesten Entgegenkommen signalisieren. Die Frage ist dann, ob diese Art von Gesten in den Augen afrikanischer Nationen einem Verhältnis in Augenhöhe entspricht oder ob sich darin ein altes hierarchisches Verhältnis reproduziert.

Die Rückgabe von Raubkunst aus jüdischem Besitz stellt das derzeit letzte Kapitel der langen Geschichte der Entschädigungen dar. Es geht dabei gerade nicht um Symbolik, sondern um zivil- und völkerrechtlich klar definierte Ansprüche auf materielle Kompensation. Solche verpflichtenden Formulierungen fehlen genau, wenn es um Kolonialkunst geht. Wie es aussieht, ist die Neigung der internationalen Gemeinschaft auch nicht besonders ausgeprägt, sich auf solche rechtlichen oder quasi-rechtlichen Formulierungen zu einigen.

Wenn also deutsche Kulturpolitiker behaupten, afrikanische Länder könnten inzwischen ihre Restitutionsansprüche rechtlich geltend machen, wenn sie nur entsprechende Anträge stellten, stimmt das nur halb. Denn deren Forderung ist dann lediglich eine zivilrechtliche und betrifft das Verhältnis zwischen souveränen Nationen in keiner Weise. Vielleicht erklärt sich daraus, dass so wenige subsaharische Staaten bisher einen offiziellen Antrag auf Rückgabe ihrer Kunst gestellt haben: Es überlebt immer ein Rest von Demütigung darin, denn wie man es wendet, sie gelangen auch mit einer Klage vor einem deutschen Gericht aus der Rolle eines Bittstellers nicht heraus. Vielleicht kommen sie sogar damit noch weiter hinein.

Eine Rückgabe von Kolonialkunst lässt sich aus der Restitutionspraxis von Raubkunst also nicht ableiten. Das eine folgt einer fest eingerahmten juristischen Intention, das andere bleibt vorerst ein formell unbestimmtes Projekt, das mittlerweile in Frankreich und Deutschland immerhin den Status eines gouvernementalen Projektes erreicht hat. Der Versuch allerdings zu behaupten, im Kern seien beide Arten der Rückgabe identisch, führt in die Sackgasse. So erzwingt der Wunsch, genau an dieser Stelle, nämlich mit Kunst, eine nennenswerte dekolonisierende Praxis anzuregen, eine besondere moralische Mobilisierung. Wenn das Völkerrecht keine Handhabe bietet, muss die Angelegenheit nach Kräften skandalisiert werden. Und auch das hat erkennbar Folgen: Die Konzentration auf Kultur und ihre besondere Moralität verengt von vornherein die Perspektive, wie Europa mit dem subsaharischen Afrika künftig in ein neues Verhältnis gelangen könnte. Die Zuspitzung auf Kunst und Ethik entpolitisiert am Ende die Dekolonisierung.

Man muss an dieser Stelle auch kritisch fragen, warum eigentlich Kunstwerke ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit gerückt sind. Der Gedanke, Kunst – sei es als ästhetisches Objekt oder als Ritualgegenstand – repräsentiere in exklusiver Weise die Identität von Gemeinschaften, sie sei wesentlich für deren Selbstbild und deren Zusammenhalt, ist

ein sehr westlicher Gedanke. Man ist genötigt, eine Menge identitätspolitische Voraussetzungen zu machen, um zur Überzeugung zu gelangen, dass es einen festen Kern in kollektiven Identitäten gibt oder geben soll. Und dass dieser Kern vor allem aus mit Bedeutung angereicherten Objekte besteht, die gemeinsame Erinnerung freigeben und dadurch erst Gemeinschaft stiften. Viele afrikanische Gesellschaften leiten ihre Identitäten ganz anders her: Dort steht die erfolgreiche Befreiung von den Kolonisatoren im Vordergrund. Ihre Selbstbilder sind politisch und heroisch, und die Klage über eine unterbrochene Erinnerungskontinuität bildet keineswegs ihr Zentrum. Die Konzentration auf den Kunstraub vereinheitlicht die nationalen Erzählungen und die politischen Wirklichkeiten der subsaharischen Gesellschaften. Ihnen allen wird damit von außen und pauschal ein Opferstatus zugewiesen.

Savoy und Sarr würden an dieser Stelle einwenden, ihre Strategie sei ja nur ein erster Schritt; auf ihn müssten weitere folgen. Die Strategie birgt allerdings eine Gefahr: Die Thematik ist damit aus dem Gesamtkomplex der Dekolonisierung künstlich herausgehoben und sie wird in Zukunft als ein besonderer kulturpolitischer Problembereich seiner eigenen Dynamik bzw. Nicht-Dynamik überlassen bleiben. Provenienz- und Einzelfallforschung werden sich auf Jahre der Thematik bemächtigen und sie in ihrem Sinne verwalten. Dies ist jetzt schon absehbar. Eine politisierte Kunstwissenschaft richtet dann einen eigenen und zählebigen Bereich ein, welcher abgekoppelt bleibt von einer mehrdimensionalen Afrikapolitik.

Damit wäre die Chance vertan, Dekolonisierung als ein umfassendes politisches Projekt anzugehen, unter Einbeziehung auch der außenpolitischen, der ökonomischen, wissenschaftlichen – und möglicherweise auch der bisher tabuisierten völkerrechtlichen Dimension. Für die politische Routine Frankreichs oder Deutschlands stellt die Restitution von Kunst keinen gravierenden Konfliktfall dar. Für die Öffentlichkeit dagegen erhält sie mehr und mehr einen überragenden Status. Und es gibt keinen verlässlichen und vorausbestimmten Weg, dass sich die internationale Politik, nicht einmal die gemeinsame europäische, aufgrund von öffentlicher Empörung eines Tages auf ein konzertiertes Handeln einlässt, nur um die Besitzverhältnisse von Kunstwerken zu verändern. Es existieren dafür keinerlei Anzeichen, es gibt nur die obligaten symbolischen Gesten der Milde.

Eine neue, umfassende Afrikapolitik liegt im Interesse fast aller europäischer Nationen – und sie ist auch ethisch geboten. In manchen Bereichen gibt es tatsächlich kleine Neuanfänge. Auch Kultur im weitesten Sinn muss ein Bestandteil einer neuen Afrikapolitik sein. Formate, in denen Afrikaner und Europäer miteinander über die postkoloniale Lage sprechen, existieren erstaunlicherweise kaum. Wo sie eingerichtet worden sind, ist die Öffentlichkeit bisher kaum erwünscht. Ihr Status könnte in Zukunft offizieller werden, also auch zum Schauplatz öffentlicher Auseinandersetzung. In solchen Formaten sollten auch die gemeinsamen Standards von Kunstrückgaben entwickelt werden.

Die Restitution von Kunstwerken sollte keineswegs den Mittelpunkt der postkolonialen Situation bilden. Artefakte sind auch nicht mit dem »afrikanischen Erbe« identisch. Aus Identitätspolitik abgeleitete Normen beruhigen das westliche Gewissen, aber sie manövrieren Afrikaner in Passivität: Wir, nicht sie organisieren dann die Dekolonisierung. Solche Normen ersetzen keine reale Politik. Die postkoloniale Situation von heute ist eine politische.

EIN FORUM OHNE DIALOG? EINE WUNDERKAMMER DES MISSLINGENS MULTIDIREKTIONALER ERINNERUNGSPOLITIK



Abb. 6: Christoph Schlingensief und Thomas Goerge, Entwurf für das Berliner Schloss, 2009

Sarah Hegenbart

Aus der Perspektive des Löwenkämpfers blicken wir über den Lustgarten auf ein seltsames Konglomerat: Die Kuppel des preußischen Stadtschlosses hebt sich aus der Fassade des Palastes des Republik empor. Das Schlossportal bildet eine Lehmhütte, die scheinbar von allen möglichen Stereotypen des Westens auf Afrikat und die Architektur dieses Kontinents inspiriert ist. Diese Collage entwarf Thomas Goerge für Christoph Schlingensief im Rahmen des Architektur-Wettbewerbs zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlosses. Mit diesem Vorschlag gewann Schlingensief nicht. Sicherlich nicht nur, da er sich nicht an die rigiden Vorgaben, die eine starke Orientierung an Andreas Schlüters Barockschloss vorsahen, hielt. Allerdings enthält dieser Entwurf so einiges, was für die heutige Konzeption des Humboldt Forums wünschenswert wäre: einen ironischen Umgang mit Stereotypen, prägend für westliches Denken, Verweise auf die eigene deutsche Kolonialgeschichte, eine Betonung der DDR Vergangenheit als essentieller Teil der gesamtdeutschen Geschichtsschreibung und vor allem eine Ambiguität, die den Dialog (nicht einen, sondern mehrere!) einfordert.

Diese Ambiguität entsteht durch das Aneinanderreihen von Fragmenten aus verschiedenen Erinnerungskulturen: Zunächst einmal Albert Wolffs *Löwenkämpfer*, eine Bronzeskulptur aus dem Jahre 1861. Wie Volker Galperin nachgewiesen hat, lässt sich

dieses Motiv in Plastiken finden, die zur selben Zeit von den Fon in der Stadt Abomey im westafrikanischen Königreich Dahomey (heute Benin) entstanden sind.¹ Diese Region stellte einst das Zentrum des Sklavenhandels dar. Während sich das Motiv des Löwenkampfes (die Stärke des menschlichen Helden wird durch das Besiegen des gefährlichen Tieres umso mehr betont) auch bei den Sumerern, im Gilgamesch-Epos, in der Griechischen Antike und in Persien finden lässt, gewinnt es vor dem Alten Museum eine neue Bedeutung: die Exotisierung Afrikas, dessen wilde Tiere von den weißen Herrschern besiegt werden. Dieses Stereotyp vom ›unzivilisierten Afrika‹ wird von Schlingensief auf die Spitze getrieben, wenn er in seiner Collage eine Lehmhütte als Stereotyp ›afrikanischer‹ Kultur mit der Barockarchitektur Schlüters vergleicht. Gleichzeitig erinnert Schlingensief an die Geschichte des Palasts der Republik, der 1976 von einem Kollektiv der Bauakademie der DDR auf dem Gelände des ehemaligen Stadtschlosses fertig gestellt wurde und bereits dreißig Jahre später im Jahre 2006 abgerissen wurde. Da er neben der Volkskammer der DDR auch noch eine Reihe an Kulturräumen beherbergt hatte, war er ein sehr beliebtes Gebäude, dessen Abriss im Bewusstsein vieler Menschen aus Ostdeutschland sicherlich einem Akt der wortwörtlichen Einebnung der DDR-Geschichte gleichkam. Das ist umso schmerzlicher, wenn man berücksichtigt, dass postkoloniale Diskurse in der DDR (im Gegensatz zur BRD) bereits viel früher geführt wurden.²

Indem Goerge und Schlingensief diese Stränge unterschiedlicher Erinnerungskulturen miteinander verbinden, etablieren sie einen Raum für multidirektionale Erinnerungskulturen. Meine These ist, dass es genau diese Form der multidirektionalen Erinnerungspolitik ist, die dem Humboldt Forum fehlt und somit einen Dialog oder vielmehr Dialoge im Plural verhindert. In meinem Beitrag möchte ich nun zunächst Michael Rothbergs Konzept von »multidirectional memory« vorstellen und dies mit dem Selbstbild des Humboldt Forums vergleichen. Daraufhin möchte ich einige Vorschläge machen, wie die Ausrichtung des Humboldt Forums multidirektionaler gestaltet werden könnte. Ziel einer solchen multidirektionalen Ausrichtung ist die Ermöglichung eines ernst gemeinten Austauschs, der sich beispielsweise auch in Handlungen der Restitutionen ausdrückt.

Zum Begriff der multidirektionalen Erinnerung

Der Begriff der multidirektionalen Erinnerung basiert auf Michael Rothbergs Buch Multidirectional Memory. Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization (2009), dem ersten Buch, das die Ergebnisse der Holocaustforschung und postkolonialen Studien zusammenführt, um eine Änderung im Denken von kollektiver Erinnerung und Gruppenidentität zu forcieren. Rothberg ist Professor für Anglistik und Vergleichende Literaturwissenschaft sowie Professor für Holocaust-Studien an der University of California

¹ Volker Galperin: »Der Löwenkämpfer: Sumerischer Heldenmythos in Westafrika?«, in: About Africa & the rest of the world, https://www.about-africa.de/diverses-unsortiertes/470-der-loewenkaempfer-sumerischerheldenmythos-in-westafrika#zitierweise (14.09.2019).

² Vgl. Ulrike Lindner: »Neuere Kolonialgeschichte und Postcolonial Studies«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 15.4.2011, http://docupedia.de/zg/Neuere_Kolonialgeschichte_und_Postcolonial_Studies?oldid=125818 (14.09.2019).

in Los Angeles und intendiert eine kritische Untersuchung darüber, ob und inwiefern dominante Narrative andere Erinnerungskulturen in der Bildung der kollektiven Identität unterdrücken bzw. beeinflussen. Beispielsweise argumentiert er, dass die Knappheit an Ressourcen (bspw. staatlicher Fördergelder) dazu führten, dass Vertreter*innen bestimmter Erinnerungskulturen sich gegen andere durchsetzen mussten, um an Ressourcen zu kommen. Als Beispiel nennt er den Bau des Holocaust Museums am National Mall in Washington D.C., das bereits im Jahre 1993 fertig gestellt wurde. Dies erzeugte Unmut bei Vertreter*innen Schwarzer Communitys, für deren durch die Sklaverei erfahrenes Unrecht es noch keine Aufarbeitung in einem ebenso prominenten Museum gab. Dies sollte sich erst über zwanzig Jahre später ändern, als 2016 das National Museum of African American History and Culture in Washington D.C. eröffnet wurde.

Rothberg warnt davor, Erinnerungskulturen als kompetitiv zu sehen, und ist vielmehr daran interessiert, darzustellen, inwiefern diese miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig beeinflussen. Mit seiner multidirektionalen Erinnerungspolitik ist die Forderung der »multidirectional option« verbunden, zum Beispiel »an ethical vision based on commitment to uncovering historical relatedness and working through the partial overlaps and conflicting claims that constitute the archives of memory and the terrain of politics«.3 Wie wichtig eine solche Forderung für das Humboldt Forum ist, offenbart sich, wenn Horst Bredekamp, einer der drei Gründungsintendanten, noch 2017 in einem Deutschlandfunk-Interview sein Unverständnis gegenüber den (postkolonialen) Kritiker* innen des Humboldt Forums ausdrückt. So habe es laut Bredekamp in Deutschland nur »34 Jahre Kolonialherrschaft« gegeben.⁴ Wie eng jedoch die Ideologien des Kolonialismus mit dem die NS-Diktatur erst ermöglichenden Rassismus und Antisemitismus verknüpft sind und die Kolonialzeit sich somit in der NS-Zeit fortsetzte, erwähnt er dabei nicht. Schließlich gab es die ersten Konzentrationslager in Südafrika und Namibia. Auch der erneute Ausbruch des Denkens weißer Vorherrschaft, der sich nicht nur in den Reden Donald Trumps, sondern ebenso in der AfD manifestiert, ist eng mit dem Kolonialzeitalter verbunden. Außerdem profitiert Deutschland doch noch immer von den neo-kolonialen Strukturen des Kapitalismus, der ohne eine Ausbeutung des Globalen Südens überhaupt nicht funktionieren könnte. Eine Erinnerung an die und Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialherrschaft sollte somit tagespolitisch ziemlich weit oben auf der Agenda stehen. Vor allem in einer Migrationsgesellschaft, zu der sich Deutschland zunehmend entwickelt, sollte es ein Bedürfnis nach einem vergleichenden, relationalen (statt kompetitiven) Denken geben, das sich nicht davor scheut, Grenzen der Ethnizität und der Zeitalter zu traversieren.⁵ Eine Politik, die auf der Ethik der multidirektionalen Erinnerung basiert, bedarf einer Idee von transnationaler, vergleichender Gerechtigkeit, die zwischen konfligierenden und manchmal auch sich gegenseitig ausschließenden Forderungen

³ Michael Rothberg: Multidirectional Memory. Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization, Stanford 2009, S. 29.

⁴ Horst Bredekamp: »Humboldt Forum Berlin. Bredekamp: Alles bereits in Planung«, Horst Bredekamp im Gespräch mit Änne Seidel, in: *Deutschlandfunk*, 21.07.2017, https://www.deutschlandfunk.de/humboldtforum-berlin-bredekamp-alles-bereits-in-planung.691.de.html?dram:article_id=391716 (14.09.2019).

⁵ Vgl. Rothberg 2009, S. 17.

verhandelt.⁶ Dies ist besonders wichtig in Zeiten, in denen sich Migrant*innen in Europa häufig mit den Geistern der Vergangenheit konfrontiert sehen und sich gleichzeitig Vorurteilen der Gegenwart stellen müssen.⁷

In der klassischen Antike beinhaltet die Bedeutung des Forums die Plattform für einen Dialog. Der Dialog stellt im Sokratischen Sinne einen Prozess des *dialegesthai* dar, in dem verschiedene Akteure durch den Austausch konfligierender Perspektiven ihre eigenen Ansichten kritisch hinterfragen und dadurch möglicherweise neue Sichtweisen gewinnen. Ist es dem Humboldt Forum bisher gelungen eine solche Dialogizität zu etablieren?

Zum Selbstbild des Humboldt Forums

Das Humboldt Forum steht auf seiner Website als »einzigartiger Ort des Erlebens, des Lernens und der Begegnung in der Mitte Berlins«.⁸ Das Erlebnis-Event-Vokabular überwiegt hier in einer Eindeutigkeit, die keine Schlingensief'schen Ambiguitäten zulässt. Die Besucher*innen sollen hier »überraschende Zugänge zu den Sammlungen« finden und werden aufgefordert: »Machen Sie mit!«.⁹ Aber wobei?

Die Einladung klingt etwas hohl und schlichtweg auch langweilig, da die Besucher*innen doch gar nicht so genau wissen, wobei sie nun mitmachen sollen. Überhaupt fragt man sich, an welche Adressat*innen sich diese Aufforderung wendet. Sicherlich nicht an die Nachfahr*innen derer, deren Objekte sich nun im Humboldt Forum befinden. Denn genau diese Nachfahr*innen sind es doch, denen der Aufenthalt dort untersagt ist, wo ihre Kunstwerke und Kulturobjekte »Bürgerrechte besitzen«, wie es die ehemalige Ministerin für Kultur und Tourismus Malis, Aminata Traoré, so treffend bemerkte. 10 Auch die Beschreibung des Humboldt Forums in einer Broschüre, die anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des Postens der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien herausgegeben wurde, ist nicht unproblematisch. »Humboldt« stehe »für die Tradition der Aufklärung, für die Idee einer selbstbewussten, gleichberechtigten Annäherung der Völker und für das Ideal eines friedlichen Dialogs trotz aller Unterschiede«.¹¹ Wait a minute. Friedlicher Dialog? Kein Wort von Machtstrukturen, die die Narrative forcieren, die hier erzählt werden sollen. Kein Wort über die Dialogverweigerung mit Kritiker*innen wie den Bündnissen »AfricAvenir«, »No Humboldt 21!« oder »Berlin Postkolonial!«. Auch kein selbstkritisches Eingeständnis, dass der Name Humboldts, dessen Forschungen

⁶ Vgl. ebd., S. 22.

⁷ Vgl. ebd., S. 28.

^{8 »}Was ist das Humboldt Forum«, auf: *Humboldt Forum*, https://www.humboldtforum.org/de (13.09.2019).

^{9 »}Humboldt Forum im Berliner Schloss«, auf: Humboldt Forum, https://www.smb.museum/ausstellungen/detail/humboldt-forum-highlights/ (13.09.2019).

¹⁰ Vgl. Animata Traoré: »So genießen unsere Kunstwerke Bürgerrechte dort, wo uns allen der Aufenthalt untersagt ist«, in: No Humboldt 21! Dekoloniale Einwände gegen das Humboldt-Forum, hg. v. AfricAvenir, Berlin 2017, S. 170-175.

¹¹ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Im Bund mit der Kultur. Kultur- und Medienpolitik der Bundesregierung, Informationsbroschüre, Berlin 2018, S. 21.

sicherlich auch von kolonialen Machtverhältnissen profitierten, gleich schon unterstreicht, welches Macht-Dispositiv hier gesetzt wird. Warum beispielsweise nicht »Benin Forum«? Vor allem aber auch kein Wort über Preußen, das hier durch das Schloss wieder prominent in die Identität Deutschlands eingeschrieben werden soll. Kein Wort über Bernhard von Bülow, der auch für Deutschland »einen Platz in der Sonne« forderte und in den der preußische König und Kaiser Wilhelm II. große Hoffnungen setzte. Berlin möchte sich mit dem Humboldt Forum als kosmopolitisches Zentrum präsentieren, mit einem Museum und Ausstellungskonzept, das wenig weltbürgerlich wirkt, weil hier kein wirklicher Dialog gesucht wird. Warum? Im Folgenden werde ich anhand von fünf Beispielen Zeichen der Dialogverweigerung aufzeigen.

Zeichen der Dialogverweigerung

1 Architektur und Städtebau: Nivellierung statt offener Wunde

Ziel ist es, mit dem Schloss eine »Wunde« im Stadtbild Berlins zu schließen, womit allerdings historisch an die Zeit vor den zwei Weltkriegen, an die Kaiserzeit und den Höhepunkt des Kolonialismus angeschlossen wird. Erinnerungsstränge werden hier nivelliert, um eine »Wunde« zu schließen, die noch so lange nässen sollte, bis die Ursachen ihrer Entstehung öffentlicher Kritik unterzogen worden sind. Also nicht in einem Zeitalter, in dem eine rechtsextreme Partei bei Landtagswahlen beinahe eine Mehrheit gewinnt.

Bereits durch die Architektur wird einem Dialog entgegengewirkt. Indem Schlingensief in seinem Rendering verschiedene Erinnerungskulturen miteinander in Beziehung setzt, deutet er an, dass ein Schlossneubau nur multiperspektivisch gelingen kann. Auch wenn diese Collage kaum als ernstgemeinter Realisierungsentwurf gelten mag, hat er eins gemein mit den Einreichungen anderer namhafter Architekten: Er hält sich nicht an die engen Vorgaben, laut derer drei Fassadenseiten Andreas Schlüters komplett übernommen werden müssen und nur eine Seite eigenständig gestaltet werden darf. Hierbei stellt sich die Frage, wieso nicht bereits die Architektur gezielt eine multidirektionale Erinnerungspolitik fördert. Dies hätte in der Ausschreibung für den Architektur-Wettbewerb berücksichtigt werden können. Beispielhaft hierfür steht ein Konzept des britischen Architekten David Adjayes, dessen Bau des im Jahre 2016 eröffneten Smithsonian National Museum of African American History and Culture fundamental durch eine Auseinandersetzung mit afrikanischer Kulturgeschichte geprägt ist. Während der lediglich mit dem Sonderpreis ausgezeichnete Kuehn Malvezzi Entwurf weitaus dialogischer gewesen wäre und organische Entwicklung ermöglicht hätte, gewinnt mit Frank Stella

¹² dpa: »Berlins Stadtschloss: Eine Wunde wird geschlossen«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.04.2007, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/berlins-stadtschloss-eine-wunde-wird-geschlossen-1434220.html (13.09.2019).

¹³ Zwar insinuiert der Kunsthistoriker Peter Stephan, dass Stella Schlüters Architektur weiterdenkt, aber dem stehe ich skeptisch gegenüber, vgl. Peter Stephan: »Von Schlüters Schloss zu Stellas Forum«, in: In Situ. Zeitschrift Für Architekturgeschichte, Bd. I (1/2009), S. 97-128, hier S. 127.

ein rationalistischer Bau mit formaler Starrheit. Inwiefern hierdurch ein Dialog mit den Nachfahren der ehemals Kolonialisierten aufgenommen werden soll, bleibt fraglich.

2 Wunderkammer statt Werkstatt

In seiner Schrift Die Wiedergewinnung einer Idee (2016) begründet der Kunsthistoriker Horst Bredekamp die Notwendigkeit, die ethnologische Sammlung im ehemaligen Stadtschloss zu zeigen, mit dem Hinweis auf die Kunstkammer im Palast. Die Kunstkammer entspringt dem Konzept der Wunderkammer, in der verschiedene Natur- und Kulturobjekte zusammengebracht werden sollen. Allerdings insinuiert dies eine Exotisierung der Objekte statt eines nuancierten Verständnisses, das auf einer dialogischen Auseinandersetzung damit beruht. Außerdem steht dies der Ursprungsidee des Ethnologischen Museums von Adolf Bastian diametral entgegen, der die Objekte in Form einer wissenschaftlichen Werkstatt anordnen wollte, um deutlich zu machen, dass diese zum Verständnis eines intensivierten Dialogs bedürfen. 14 Bredekamps Konzept basiert nicht nur auf der Exotisierung, sondern auch auf der Ästhetisierung der Objekte, die meist aber aus einem lebensweltlichen Kontext entstammen. Auch die Ausstellung von fünfzehn »Highlights«¹⁵ trägt kaum zu einem besseren Verständnis indigener Kulturen bei. Vielmehr erinnert dies an die Schaukabinette, die bereits Adolf Bastian abgelehnt hatte. Dieser schlug stattdessen vor, sich mit den Objekten wie in einer Forschungs-Werkstatt zu beschäftigen und diese Leerstelle an Wissen darüber auch offen darzulegen, um andere zu weiterer Forschung anzuregen. Stattdessen offenbaren Ausstellungen wie Vorsicht Kinder! Geschützt, geliebt, gefährdet (Humboldt-Box, Juli 2017 bis Januar 2018) eine oberflächliche Arroganz, die den Dialog mit den Nachfahren nicht zulässt. Stattdessen werden die Objekte willkürlich um pseudo-gesellschaftsrelevante Themen arrangiert. Eine Alternative wäre ein gemeinschaftliches Kuratieren mit Nachfahren. Ein Vorbild könnte die Ausstellung Haida Now am Museum of Vancouver sein, die in Zusammenarbeit mit dem Haida Gwaii Museum entstand und ko-kuratiert wurde von der Haida Kuratorin Kwigahwah Jones und Viviane Gosselin. 16

Außerdem ist es unerlässlich, das Depot der im Humboldt Forum ausgestellten Sammlungen (besonders des Ethnologischen Museums) öffentlich zugänglich zu machen. So forderte es beispielsweise Viola König bereits im Jahre 2011 in einem Aufsatz und wiederholte die Forderung in ihrer Vorlesung im Rahmen der Vortragsreihe *Perspectives in Plural* an der Technischen Universität München im Jahre 2018.¹⁷ Ein Vorbild hierfür kommt

¹⁴ Siehe z.B. H. Glenn Penny: Im Schatten Humboldts. Eine tragische Geschichte der deutschen Ethnologie, München 2019.

^{35 »}Humboldt Forum Highlights auf der Museumsinsel Berlin und am Kulturforum«, Pressemitteilung am 23.10.2019, auf: Humboldt Forum, https://www.humboldtforum.org/de/inhalte/humboldt-forum-highlights (13.09.2019).

¹⁶ Haida Now. A Visual Feast of Innovation and Tradition, auf: Museum of Vancouver, https://museumofvancouver.ca/haida-now (13.09.2019).

¹⁷ Viola König: »Die Konzeptdebatte«, in: *Humboldt-Forum. Der lange Weg 1999-2012*, Baessler-Archiv, Beiträge zur Völkerkunde, hg. v. Viola König u. Andrea Scholz, Berlin 2011, S. 12-62.

wiederum aus Vancouver, in dem das Museum of Anthropology seine Sammlung in Glaskabinetten zugänglich macht, anstatt sie im Depot zu verschließen. Dazu gehört eine digitale Offenlegung der Bestände, sodass es für Nachfahren kolonialisierter Ethnien einfacher ist, Restitutionsansprüche geltend zu machen.

3 Kulturindustrieller Komplex statt Fachwissen

Die Verzahnung des Museum of Anthropology mit der an der University of British Columbia existierenden Expertise könnte auch ein Vorbild für den Umgang mit den Sammlungen am Humboldt Forum darstellen. Dafür gibt es bereits Ansätze, wie das neu gegründete Centre for Anthropological Research on Museums and Heritage, die ausgebaut werden könnten. Auch würden mehr Stellen am Ethnologischen Museum benötigt, um sich intensiver mit den Ursprüngen und der Provenienz der Objekte beschäftigen zu können und in den Austausch mit den Nachfahren der indigenen Völker treten zu können. Stattdessen wurde jedoch vor allem die Humboldt Forum Kultur GmbH finanziell gefördert, deren Geschäftsführerin Lavinia Frey sich bereits einige Fehltritte geleistet hat.¹⁸ Während zur Konzipierung der Sammlung und der Neuordnung zahlreiche neue Mitarbeiterstellen im ethnologischen Museum notwendig wären, wurden diese Stellen lediglich in der Humboldt Forum Kultur GmbH ausgeschrieben. Auch wenn es die Humboldt Forum Kultur GmbH mittlerweile nicht mehr gibt, da diese im Januar 2019 in die Stiftung übergegangen ist, bleiben die Ethnologen weiterhin unterbesetzt. Durch eine Form der Kulturindustrie, die nur auf Spektakel und Überwältigung setzt, statt sich mutig einer multiperspektivischen wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu öffnen, wird der Dialog verweigert. Die Humboldt Forum Kultur GmbH hat eine Identitätspolitik der deutschen Kosmopoliten propagiert, die sich jedoch in wenig mehr als euphemistischen Gesten ausdrückt. Ein Dialog mit kritischen Perspektiven wird hier verweigert, um das Event-Erlebnis nicht zu stören.

4 Intransparenz blockiert fairen Dialog

Sieht man sich das in der Süddeutschen Zeitung 2017 veröffentlichte Organisationsdiagramm des Humboldt Forums an, wird deutlich, dass hier ein selbstreferentieller Austausch stattfindet. Der sogenannte Expertenbeirat hat kein Abstimmungsrecht und es wirkt, als ob Schwarze Wissenschaftler*innen erst spät als Strohmänner in den Dialog einbezogen worden wären, aber eigentlich nichts zu sagen hätten. Kritische Stimmen wie bspw. von Kwame Opoku werden im Dialog nicht bzw. erst relativ spät zugelassen. Hier wäre es auch die Aufgabe der Journalist*innen des Feuilletons, nicht nur Interviews mit den Gründungsintendanten zu führen, sondern den Kritiker*innen ebenso viel Diskursfläche zu bieten. Während Kwame Opoku zahlreiche Aufsätze dazu über seinen eigenen

¹⁸ Vgl. Jörg Häntzschel: »›Ganz nett‹, würden Besucher bei einem Provinzmuseum sagen«, in: Süddeutsche Zeitung, 11.07.2017, https://www.sueddeutsche.de/kultur/berliner-stadtschloss-gutes-muesli-schlechtes-muesli-1.3582470-0 (13.09.2019).

¹⁹ Vgl. Jörg Häntzschel: »Verstrickung als Prinzip«, in: Süddeutsche Zeitung, 21.11.2017, S. 11.

Newsletter veröffentlicht, kamen Kritiker wie er in der Öffentlichkeit kaum zu Wort. Am 15. September 2019 verwies Niklas Maak erneut auf die Diskrepanz in der Förderungsstruktur zwischen Prestigebauten wie dem Humboldt Forum und unterfinanzierten Institutionen wie Savvy Contemporary, das alles hat, »was das Humboldtforum an postkolonialer, intellektueller, weltvergrößernder Turbulenz trotz aller Millionenzuwendungen nicht hat«.²⁰ Hier ist mehr Transparenz der Finanzströme gefordert.

5 Restitutionen als Zeichen für den Beginn eines Austausches

Im September 2019 hat ICOM eine neue Definition des Museums vorgeschlagen, die betont, wie wichtig es ist, dass Museen partizipativ und transparent in aktiver Partnerschaft mit verschiedenen Communitys zusammenarbeiten, wobei »equal rights and equal access to heritage« für alle Menschen garantiert werden sollen.²¹ Gerade dies passiert im Humboldt Forum noch nicht. Was ist es bspw. für eine Symbolpolitik, wenn ein Boot, das von der Insel Luf (zu dem Zeitpunkt im deutschen Kolonialgebiet liegend) ›angekauft‹ wurde, im Humboldt Forum eingemauert wird und somit erst restituiert werden könnte, wenn das Humboldt Forum zumindest teilweise wieder abgerissen würde? Das Argument, dass die Objekte in deutschen Museen besser aufgehoben seien, hat der Journalist Jörg Häntzschel stichfest widerlegt.²³

Um mögliche Restitutionen zu eruieren, müsste noch intensiver der Austausch mit Communitys in den ehemaligen Kolonien sowie mit den Nachfahren in der Diaspora gesucht werden, als es derzeit mit der Benin Group passiert. Dies würde sowohl den Kurator*innen in Deutschland helfen als auch indigenen Communitys, die lobend erwähnt haben, dass Objekte der eigenen Kulturen durch das Bemühen deutscher Ethnologen auch heute noch studiert werden können.²⁴

Ebenso wichtig wären gezielte Austauschprogramme mit Universitäten des Globalen Südens zum gegenseitigen Wissenstransfer, möglicherweise unter Einbeziehung des Goethe-Instituts, wie es im Rahmen der 250. Jahresfeier für Humboldt vorgeschlagen wurde. Von immenser Bedeutung wäre auch eine Aufarbeitung der Verknüpfung der deutschen Kolonialgeschichte mit den heute wiederkehrenden rassistischen Ideologien. Eine Ausstellung, die den Zusammenhang zwischen (neo-)kolonialen Machtasymmetrien und Migrationsbewegungen analysiert, würde außerdem zu einem Dialog beitragen.

²⁰ Niklas Maak: »Jenseits von Schloss und Scheune«, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.09.2019, S. 41.

²¹ ICOM: »Museum Definition«, auf: ICOM-international council of museums, https://icom.museum/en/activities/standards-guidelines/museum-definition/ (05.01.2020).

²² Thomas Loy: »Das Südseeboot ist im Humboldt-Forum angekommen«, in: *Der Tagesspiegel*, https://www.tagesspiegel.de/berlin/umzug-der-dahlemer-museen-das-suedseeboot-ist-im-humboldt-forum-angekommen/22619126.html (13.09.2019).

²³ Jörg Häntzschel: »Verseucht, zerfressen, überflutet«, in: Süddeutsche Zeitung, 9. Juli 2019, https://www.sueddeutsche.de/kultur/ethnologisches-museum-raubkunst-1.4516193 (13.09.2019).

²⁴ Siehe Penny 2019, S. 263ff.

Statt sich allerdings kritisch mit der eigenen kolonialen Vergangenheit auseinanderzusetzen, wird das Humboldt Forum 2020 mit einer Ausstellung über die indigene
OMAHA Nation in Nordamerika eröffnen.²⁵ OMAHA war nie eine deutsche Kolonie. Auch
wenn das Konzept der Partnerschaft hier forciert wird, wären Partnerschaften dort relevant, wo es besonders wehtut. Im Hinblick auf Restitutionen. Hier besteht immenser
Nachholbedarf. Eine Bereitschaft zu Restitutionen wäre zumindest schon einmal eine
Geste, dass der vielzitierte Dialog auf Augenhöhe hier wirklich stattfindet.

Zusammenfassung

Momentan erscheint es, als ob die Hauptakteure des Humboldt Forums einen Dialog verweigern, um eine deutsche Identität zu stabilisieren, die sich nahtlos aus der Aufklärung begründen sollte. Wie François Jullien bemerkte, gibt es diese eine Identität jedoch nicht, sondern nur fluide Formen der Identifikation oder Ressourcen. Das Humboldt Forum würde von einem multidirektionalen Dialog profitieren, der sich mit verschiedenen Aspekten der deutschen Geschichte auch aus anderen Perspektiven (jenseits des Narrativs einer pseudo-kosmopolitischen deutschen Kulturpolitik) kritisch auseinandersetzt: der Kolonialgeschichte als Wegbereiter eines perfiden Rassismus, der im NS Terror und seinem Rassenwahn kulminiert. Dies ist besonders relevant im Zeitalter des neu aufkommenden Rechtsradikalismus angeschürt durch populistische Parteien. Lernen könnte das Humboldt Forum hier von Michael Rothbergs Konzept der multidirektionalen Erinnerungspolitik. Nur wenn verschiedene Erinnerungskulturen multidirektional nebeneinander gestellt werden, können sich neue Lesarten der Geschichte(n) eröffnen und eine vertiefte Auseinandersetzung damit ermöglichen. Erst dann könnten verschiedene Narrative der Erinnerung wie in Schlingensiefs Collage miteinander in Bezug gesetzt werden. Sicher entsteht dabei Ambiguität und Friktion. Doch gerade diese ermöglichen doch dem Forum, seine eigentliche Funktion zu entfalten als Plattform für Polyloge.

^{25 »}We are still here. The Omaha speaking«, auf: *Humboldt Forum*, https://www.humboldtforum.org/en/events/we-are-still-here-the-omaha-speaking-en (13.09.2019).

DISKUSSION 61

Moderiert von Jörg Heiser

Jörg Heiser

Zur Vorbereitung habe ich zwei Zitate aufgeschrieben und habe nun das Gefühl, dass sie jetzt auch in die Diskussion passen. Das erste Zitat ist von dem Philosophen Achille Mbembe, das er in einem Interview im Juni 2019 gesagt hat: »Es besteht das Risiko, dass Europa, wenn es die Restituierung unserer Objekte betreibt, ohne zugleich Rechenschaft über sich abzulegen, zu dem Schluss kommt, dass mit der Komplettierung der Restitution unser Recht erlischt, an die Wahrheit zu erinnern. Also die Wahrheit der kolonialen Verbrechen. Wenn neue Verbindungen geschaffen werden sollen, muss Europa sich der Wahrheit stellen, denn die Wahrheit ist die Lehrerin der Verantwortung.« Was sagen Sie dazu?

Arlette-Louise Ndakoze

Ja, es gibt nichts hinzuzufügen. Es ist so, mein Statement, überhaupt die Essenz meiner Performance, ist zu fragen, warum es überhaupt eine Frage sein soll? Das ist eher mein Standpunkt. Weil es offensichtlich ist.

Sarah Hegenbart

Ja, ich sehe das ähnlich, dass man da wenig hinzufügen muss. Vielleicht kann man dazu noch sagen, es gibt nicht die eine Wahrheit. Es sind eher Wahrheiten im Plural, die durch bestimmte Subjekte dann auch mitgeprägt werden. Und ich glaube, es ist wirklich wichtig, den Dialog ernsthaft und nicht bloß pro forma zu suchen. Das bedeutet eben nicht, dass man etwas zurückgibt und es damit als abgeschlossen erachtet. So nach dem Motto: »Jetzt reden wir da nie wieder darüber.« Sondern dass man wirklich kritisch hinterfragt, was in der Vergangenheit geschehen ist. Dass man es aufarbeitet! Ich war ziemlich schockiert, als ich 2017 aus Großbritannien nach Deutschland zurückkehrte und feststellen musste, dass meine Studierenden hier den Begriff Postkolonialismus oft noch nicht einmal gehört hatten. Dies kann ihnen vielleicht noch nicht einmal vorgeworfen werden, da dieses Thema in den Schulen nicht auf den Lehrplänen steht. Gerade dies sollte sich in Zukunft ändern. Wir sollten darauf bestehen, dass Themenfelder wie die Kolonialgeschichte und der Postkolonialismus bereits im Rahmen des schulischen Curriculums unterrichtet werden. Und auch dies kann durch die Diskurse zur Restitution angestoßen werden. Aber es sollte nicht abgeschlossen werden, sondern sollte der Anfangspunkt sein.

Thomas E. Schmidt

Ja, Achille Mbembe hat natürlich vollkommen recht, wenn er sagt, dieses ganze Gewese um Restitutionen in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik, hat natürlich auch etwas unfassbar Selbstgerechtes, weil die weiße Frau, der weiße Mann sich damit natürlich wunderbar ein gutes Gewissen erkaufen können, indem sie alles in einen Container packen und den Afrikanern gewissermaßen vor die Füße werfen. Ich spitze das jetzt einmal zu.

Das Problem, das uns heute beschäftigt, sind die *New Ties*, also die neuen Beziehungen, die er schnell knüpfen möchte. Und da sind wir in Deutschland in der Tat sehr spät, weil wir diese Kolonial-Geschichte verdrängt haben oder in einen Schatten gestellt haben zugunsten unserer Nazi-Aufarbeitung. Wir sind weit davon entfernt, das in den Curricula bereits zu verankern. Und die Zeit läuft uns jetzt weg. Afrika ist ungeduldig und wir haben

sozusagen keine Dispositive, keine Institutionen, keine sprechfähigen Counter Parts, die mit Afrika heute in ein neues Verhältnis treten können. All das steht noch aus und deswegen plädiere ich für solche Institutionen, die gemeinsame Flächen bieten. Ob man die »Runde Tische« nennt, ob man die »Conferences« nennt oder wie auch immer, ist mir egal. Aber dieses zivilgesellschaftliche Miteinander zwischen Europäern und Afrikanern, das muss erst noch institutionalisiert werden. Da ist noch viel Phantasie und viel Geld nötig.

Arlette-Louise Ndakoze

Darf ich kurz widersprechen, weil ich glaube, man muss da vieles korrigieren. Es gibt viele sprechfähige Counter Parts, aber es gibt viele, die man mundtot macht und viele, über die man immer noch die Deutungshoheit beansprucht. Das ist das Erste. Eine dieser Stimmen ließ ich in meiner Performance-Lecture zu Wort kommen: Fatima Sy, Head of Cultural Mediation des Musée des Civilisations Noires in Dakar, Senegal, die sehr viele Sichtweisen vermitteln kann. Es gibt keine Debatte, heißt es, doch während wir darüber sprechen, gibt es Künstler im Senegal, die weiter kreieren und das möchten wir ihnen auch ermöglichen. Wir möchten ihnen diesen Raum geben. Es gibt sehr viele Sichtweisen und es ist einfach sehr ermutigend, weil dies dazu beiträgt, wieder Kontrolle zu erlangen.

Das Zweite ist, wir sind weit davon entfernt, das in unseren Curricula zu verankern. Warum? Man kann doch einfach etwas machen. Institutionen können selber agieren. Es ist immer noch so in Deutschland: Diejenigen, die bestimmte Institutionen noch prägen, die Wissen herausschicken wie die Universität der Künste, sind so was von geprägt von einer Verschließung gegenüber so vielen Denkweisen. Und immer noch von dieser Vorstellung, dass Denken hier kreiert wurde.

Thomas E. Schmidt

Darf ich eine kleine Korrektur anbringen, damit kein Missverständnis aufkommt? Die Klage über die mangelnde Sprechfähigkeit war nicht an die afrikanische Seite gerichtet, sondern an die deutsche, die jenseits von Universitäten, jenseits von Kunst-Programmen, jenseits von Goethe-Instituten auch Leute aus der politischen Praxis heranziehen muss, die diese Gespräche führen können. Das darf kein sozusagen ästhetischer Diskurs sein oder kein rein akademischer Austausch, der von Einzelnen betrieben wird. Ich wünsche mir eine Institutionalisierung und wie ich sagte, auch eine Politisierung des Ganzen.

Jörg Heiser

Weil gerade das Stichwort Universität der Künste fiel, möchte ich doch erwähnen, dass es am Institut »Kunst im Kontext« der UDK die AG Decolonize M21 (M21 steht für Modul 21, einen geplanten Ausstellungsteil im Humboldt Forum) gibt, von meiner Kollegin Kristina Leko als Lehrender betreut, an der eine ganze Reihe von überwiegend lateinamerikanischen Studierenden mitwirken und die sich auf künstlerische Weise sehr dezidiert mit den Fragen der Restitution von Kulturgütern und der Dekolonisierung der Museen vor dem Hintergrund der Kolonialgeschichte Lateinamerikas auseinandersetzen.

Arlette-Louise Ndakoze

Ich kenne Kristina Leko sehr gut, sie hat mir auch erklärt, wie das zustande kam – dass man seitens des Humboldt Forum nicht davon ausgegangen ist, dass es eine Fakultät oder ein Institut gibt, wo es Studierende gibt, die eben »Nicht-Weiße« sind. »Nicht-Weiße«, im Sinne derjenigen, die das westliche Denken neu definieren und hinterfragen. Das hat man so nicht erwartet. Ich habe auch teilgenommen an der Recherche, an den Arbeiten, saß auch mit den Studierenden da und habe kommentiert und hatte ein Gespräch mit Manuela Fischer, der Kustodin der Sammlung Südamerika des ethnologischen Museums. Bei dem sie vieles dessen, worum es mir geht, nicht verstanden hat. Aber wir kamen in einen Dialog und das finde ich sehr, sehr wichtig. Also es tut sich was, aber nicht wegen, sondern trotzdem.

Jörg Heiser

Ja, es tut sich was. Jetzt komme ich aber genau darüber tatsächlich zu dem zweiten Zitat, das ich jetzt noch in den Raum stellen will. Es stammt aus dem 2018 veröffentlichten, an Emmanuel Macron gerichteten Report von Felwine Sarr und Bénédicte Savoy, Bericht über die Restitution afrikanischer Kulturgüter. Sie wenden sich darin gegen einen Begriff des geo-kulturellen Ursprungs, wohl wissend, dass dies die europäischen Rechtsidentitären allzu sehr freuen würde. Und schreiben weiter: »Der Direktor des Musée des Civilisations Noires in Dakar, Hamady Bocoum, ist sogar der Meinung, dass das kulturelle Erbe der afrikanischen Museen nicht nur auf afrikanische Objekte beschränkt sein kann. Andere Zivilisationen müssen auch in afrikanischen Museen repräsentiert sein. Hinzu kommt das, was Benoît de L'Estoile bemerkt hat: Die Rückgabe der Objekte nach Afrika impliziert nicht, dass diese auf eine neue Form der Versklavung in Gestalt kultureller Identität zurückgeworfen werden, sondern birgt vielmehr die Chance einer neuen Ökonomie des Austauschs.«

Da wären wir, glaube ich, bei der Idee einer multidirektionalen Erinnerung. Dass es eben keine Einbahnstraße ist, oder? Habe ich das so richtig verstanden? Kann man das so interpretieren, was Sarr und Savoy in Verweis auf Bocoum und L'Estoile hier sagen?

Sarah Hegenbart

Sarr und Savoy betonen den Begriff der *relational ethics* ganz stark. Das bedeutet, etwas im Kontext von Beziehungen und als dialogisch zu denken. Es wurde bereits mit der Idee gespielt, dass man so was hat wie *shared heritage*. Das bedeutet, dass unser kulturelles Erbe geteilt wird und quasi von einem Museum zum nächsten wandert. Aber damit stellt sich wieder die Frage: Ist das gerecht? Ich sehe das auch eher so: Wenn sich nur zehn Prozent des Kulturerbes noch auf dem afrikanischen Kontinent befindet und die Jugend dann damit nicht aufwachsen kann, muss man erst mal zurückgeben, anstatt zu sagen, wir wollen das jetzt so ein bisschen herumtauschen. Man muss es dann auch erst mal da lassen und kann vielleicht später überlegen, ob man als Europäer*in mal freundlich anfragt, ob man was zurückleihen dürfte. Aber generell finde ich die Idee des Austausches, des Dialoges, des Relationalen total wichtig, die im Report stark gemacht wird.

Thomas E. Schmidt

Ich weiß nicht, das ist doch selbstverständlich, dass europäische Objekte dann auch im afrikanischen Museum gezeigt werden. Aber dieses Konzept ist – pardon – irgendwie sehr alt, das ist irgendwie Nachkriegszeit. Ob man das nun multidimensional nennt oder nicht, es ist dann die Frage, wie man es mit Bedeutung auflädt. Je konsequenter man das durchdenkt, desto weniger relevant wird allerdings die Frage, wo die Eigentumsrechte verbleiben und warum das Eigentumsrecht ein solcher Fetisch ist. Also um die Frage zu beantworten, wem das gehören soll. Man kann die Objekte ifloaten lassen, man kann intelligente Lösungen finden. Ich glaube, da sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Deswegen sehe ich hier keine prinzipiellen Konflikte. Ich glaube, da kann man sich pragmatisch verständigen.

Arlette-Louise Ndakoze

Ich möchte gerne etwas sagen, das mir wichtig ist. Die Sichtweisen, die von Sarr und Savoy in ihrem Bericht eingenommen werden, sind nicht neu. Auch die Sichtweisen, was das Konzept von einem Museum betrifft, sind nicht neu, und sie sind vielfältig. Ich hatte kurz angeschnitten, dass es verschiedene Reden gab, die unter anderem in Institutionen wie Universitäten oder eben Foren stattgefunden haben, die Wissen losgeschickt haben und damit eben auch Akte gesetzt haben. Da ist zum Beispiel eine Vorlesung von Edmund Husserl von 1935/36. Der Wiener Bund hatte ihn eingeladen, über die Krise Europas zu sprechen. Und der Vortrag ist wegweisend, wenn man verstehen will, wie Sie sagten, dass es die Rechten ermutigen würde, wenn man über ein Konzept einer Kultur spricht, das über Regionen oder Geographie hinausgeht. Wegweisend, um zu verstehen, warum das europäische Denken so stark unterdrückend war und immer weiter in Richtung dieser einen »Rasse«, der »weißen Rasse« ging. Husserl macht da bestimmte Aufstellungen, was eben Europa ist. Und er sagt ganz klar, es ist nicht unbedingt auch geographisch zu verorten, sondern geistig. Da gibt es Europa hier, und dann gibt es die USA, und einige schließt er aus.

Jörg Heiser

Eurozentrismus, ja.

Arlette-Louise Ndakoze

Ja, aber ich meine jetzt, es ist eben nicht geographisch gesetzt, sondern geistig. Und das kann man dann auch in den Vorlesungen zur Philosophie des Geistes von Hegel nachschlagen. Mir ging es darum zu sagen, inwiefern das, was man Europa nennt, eben sehr stark zurückgeht auf eine Ideologie eines Geistes. Und wenn man sich heute öffnen will, dann soll man auch das öffnen, was eben im Geist losgeschickt wird. Man muss Ideen von außen zulassen, sonst geht das nicht. Um auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Man kann nicht einfach etwas zurückgeben und denken, es sei damit getan, sondern es geht darum, wirklich mehr Sichtweisen mit hineinzunehmen.

Jörg Heiser

Ich danke Ihnen allen für den konzentrierten Nachmittag.